



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/209 - 10. 9. 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Umgehung des Saarstatuts?	S. 1
Alte Wunden aufgebrochen/Zur Lage in Südtirol	S. 3
Zur Tagung des Bauernverbandes	S. 5
Arno Scholz: Brief aus Moskau (II)	S. 6

Gefürchtete Abstimmung

sp. Mächtige Einflüsse scheinen am Werk zu sein, die für den nächsten Monat vorgesehene Abstimmung über das Saarstatut, dessen Ablehnung durch eine sichere Mehrheit heute von keinem Kenner der Saarverhältnisse bezweifelt wird, aufzuschieben oder überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Noch haben sich diese Pläne nicht verdichtet, noch zögern ihre Befürworter vor einem Schritt, der nicht abzusehende Konsequenzen nach sich ziehen würde. Die mehr als seltsame Darstellung, die der Bundeskanzler dem Kabinett über seine Unterredung mit dem Andernacher Bims-Beton-Fabrikanten gab, deutete schon den Weg einer möglichen Umgehung des Saarstatuts an. Der Kanzler meinte damals zu Kindt-Kiefer, er habe nichts gegen einen Rücktritt Hoffmanns einzuwenden. Das hiess nach Lage der Dinge, der Exponent müsste oder sollte gehen, aber das System würde bleiben. Mit einem Rücktritt Hoffmanns würde den Neinsagern, das mag ^{die} diesen Absichten zugrundeliegende Spekulation sein, der Boden für ihre Agitation gegen das Saarstatut genommen.

In diesem Zusammenhang erscheint der Rücktritt des saarländischen Finanzministers, Dr. Paul Senf, und die eigentümliche, sich im Halbdunkel vollziehende Aktivität des neuen Sterns am Saarahimmel und Kanzlerfreundes, Kindt-Kiefer, in einem besonderen Licht. Senf bejaht das Saarstatut, gehört aber zu dem Kreis von Saar-Politikern, der schon früher den Versuch machte, Hoffmann von seinem französischen Innenminister Hector zu lösen. Er verfügt über gute Verbindungen zum Auswärtigen Amt. In Baden-Baden hat Dr. Senf sich nun offen für den Rücktritt

Hectors ausgesprochen, den er als den eigentlichen Schuldigen an der Saarmisere sieht. Ob Hector dieser freundlichen Aufforderung seines ehemaligen Ministerkollegen folgen wird, hängt sicherlich von Paris ab, das hier ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Ein Rücktritt Hectors würde die Position Hoffmanns unhaltbar machen und die französische Politik vor das Dilemma stellen, Hoffmann gänzlich fallen zu lassen, um vielleicht damit das Statut zu retten, oder ihn um jeden Preis zu stützen, was den Anhängern des Statuts die sichere Niederlage einbringen würde.

Es ist verständlich, dass die Schöpfer des Saarstatuts nach Auswegen aus einer Entwicklung suchen, die sie in keiner Hinsicht vorausgesehen haben und die schonungslos ihre falsche Beurteilung der wirklichen Lage an der Saar enthüllt. Der Bundeskanzler ging bei der Unterzeichnung des Statuts von der - übrigens irrigen - Annahme aus, die Saar-Deutschen würden sich ihm zuliebe auf dem Altar eines Klein-Europa, wie er es versteht, opfern. Dieses Opfer wäre die Gefahr einer dauernden Abtrennung vom deutschen Mutterland, ein Opfer, das gegen alles gesunde Nationalgefühl verstösst, gegen das sich die Saar-Deutschen mit aller Kraft und Vehemenz wehren. Mendes-France, der damalige französische Ministerpräsident, liess sich offensichtlich durch die Berichte des saarländischen Innenministers, Hector, täuschen. Paris musste den Eindruck erhalten - ein Eindruck, der durch die Nachgiebigkeit des Bundeskanzlers verstärkt wurde - die Saarländer hätten keinen grösseren Ehrgeiz als im Schatten der französischen Hegemonie ein vom Mutterland gelöstes Sonderdasein zu führen. Das offizielle Bonn und das offizielle Paris verkannten hier die Gegebenheiten. Sie übersahen, dass die Zeiten doch vorüber sind, wo Politiker souverän über Völker oder Teile von Völkern entscheiden können. Sie stehen vor der für sie nun recht peinlichen Versuchung, einem elementar hervorquellenden Volkswillen würgende Fesseln anzulegen, da der Sinn sich nicht verfälschen liesse, der in dieser Abstimmung zum Ausdruck kommt. Es geht in erster Linie nicht mehr um das Für oder Gegen Hoffmann, es geht den 900 000 Saarländern um die Bekundung ihrer Zugehörigkeit zu Deutschland, die durch die Kautschuk-Bestimmungen des Saarstatuts in Frage steht.

Sollten die Väter dieses fragwürdigen Statuts nun ihr eigenes Werk verleugnen, sollten sie durch advokatorische Winkelzüge und Kunstgriffe und unter Mitwirkung von ungebildeten Brückenbauern der Saarbevölkerung die Möglichkeit nehmen, in der ihnen vertraglich festgelegten Abstimmung ihren Willen zu bekunden, würde der angerichtete Schaden unübersehbar sein. Am meisten wäre davon das deutsch-französische Verhältnis betroffen. In die Wunden, die der Saar-Streit schon geschlagen hat, hiesse das geradezu Salz streuen. Heilung aber kann nur der klare Schnitt der Ablehnung des Statuts bringen, der die schwärenden Wundränder beseitigen würde.

Südtirol - ein Prüfstein

Von Wenzel Jaksch, MdB.

Vom Standpunkt der Solidarität des europäischen Westens aus gesehen, sind die Verhältnisse in Südtirol nicht erfreulich. Hier brechen wieder alte Wunden auf. Es geht in diesem schönen Grenzland nicht allein um die verbrieften Rechte einer Viertelmillion deutschsprachiger Menschen. Vielmehr geht es um die grössere Frage, ob die europäischen Demokratien aus ihren Niederlagen in der Vergangenheit etwas gelernt haben. Was hat denn die Missachtung der Minderheitenrechte nach dem ersten Weltkriege den sogenannten Mehrheitsvölkern eingebracht? War denn dieser lächerliche Neid auf den Besitz des Nachbarn einen zweiten Weltkrieg wert? Die meisten Völker, die aus den Friedensverträgen von 1919 grenzpolitische Gewinne zu münzen versuchten, leben heute hinter dem Eisernen Vorhang. Sie sehnen sich nunmehr selber nach einer Freiheit und Gleichberechtigung, welche sie im Zeichen der Demokratie den schwächeren Nachbarn verweigert haben ...

Durch Siegerrecht erworben

Italien hat Südtirol 1919 im Zeichen des Siegerrechtes erworben. Eine historische oder ethnische Begründung für die Annexion dieses deutschsprachigen Landes (in der heutigen Provinz Bozen lebten 1910 242.537 Südtiroler und nur 7.122 Italiener) gab es nicht. Mussolini hat zwar später behauptet, die Brennergrenze sei "von Gottes Hand gezeichnet", doch seine Achsenpolitik mit Hitler hat keineswegs den europäischen Nutzen einer solchen "strategischen Grenze" bewiesen. Im Zeitalter der Atombombe fallen solche Grenzansprüche, die von den alten Landkriegsmethoden abgeleitet sind, in sich zusammen. So wären im Jahre 1945 die Voraussetzungen für einen neuen Start in der Südtiroler Frage vorhanden gewesen. Italien und Österreich waren in der offiziellen Sprache der Siegermächte "befreite" Länder. Kein einseitiges Siegerrecht stand daher einer Volksabstimmung im Wege, die eine Grenzziehung im Sinne der Atlantic Charta verbürgt hätte.

Der Pariser Vertrag von 1946

Die Westmächte haben diese Streitsache dann nicht nach ihren eigenen feierlich verkündeten Grundsätzen entschieden, sondern einfach auf der Linie der Opportunität. Südtirol wurde wiederum Italien zugeschlagen, als eine Art Kompensationsobjekt für verlorene afrikanische Kolonien und den Verlust Istriens an Tito. Die Südtiroler sollten durch eine Autonomie entschädigt werden. Das war der Sinn des Pariser Vertrages vom 5. September 1946. Dieser Autonomievertrag sicherte den Südtirolern Volks- und Mittelschulen in ihrer Muttersprache zu, Zweisprachigkeit der Verwaltung in der Provinz Bozen und in den ladinischen Gemeinden der Provinz Trient, ferner "Gleichberechtigung hinsichtlich der Einstellung in öffentliche Ämter und ein angemessenes Verhältnis in der Stellenverteilung zwischen den beiden Volksgruppen." In seinem grundsätzlichen Teil spricht der Pariser Vertrag von "besonderen Massnahmen zur Sicherung des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles."

Dieses Hauptziel, die "Sicherung des Volkscharakters" wäre nur durch Verzicht auf alle staatlichen Italianisierungsmassnahmen zu erreichen. Davon ist Südtirol jedoch zehn Jahre nach dem Abschluss des Pa-

riser Vertrages weit entfernt. Die grosse Einwanderungswelle in der Aera Mussolini und die von Hitler geförderte Abwanderung von Südtirolern nach Deutschland haben dazu geführt, dass in der Provinz Bozen im Jahre 1953 neben 231.000 deutschsprachigen Südtirolern rund 114.000 Italiener gezählt wurden. Bozen selbst ist eine überwiegend italienische Stadt geworden (58.000 Italiener, 16.000 Südtiroler). Die Südtiroler fürchten daher, dass der Autonomie-Vertrag nur zu einem Feigenblatt der Entnationalisierungspolitik wird, wenn die bisherige Unterwanderung im gleichen Tempo anhält und von staatswegen gefördert wird.

Systematische Benachteiligung

Genauere Zahlenangaben, welche in einer Artikelserie des kärntnerischen Sozialistenblattes "Die Neue Zeit" zusammengetragen wurden, lassen keinen Zweifel darüber, dass bei der Vergabe von Wohnungen und Arbeitsplätzen durch den Staat die Südtiroler systematisch benachteiligt werden. Nicht einmal in der Verwaltung der Provinz Bozen ist ein proportionaler Anteil der Südtiroler erreicht worden. In den eigentlichen staatlichen Verwaltungszweigen sind zu achtzig und neunzig Prozent Italiener beschäftigt. Mit der üblichen Technik der Entnationalisierung werden eben auch die kleinen Behördenangestellten, die Postler und Eisenbahner, herunter bis zum Oberbauarbeiter aus anderen Landesteilen importiert.

Auf der Seite der Italiener steht das Argument der sozialen Freizügigkeit und der Hinweis auf den Bevölkerungsdruck Südtaliens, der in die reicheren Nordprovinzen abströmt. Dem ist entgegenzuhalten, dass es auch eine gelenkte Industrialisierung gibt, bei der die nationale Diskriminierung schon an den Fabrikatoren beginnt und sich auf den Arbeitssäckern fortsetzt. So wurde Bozen italianisiert. Ebensowenig rechtfertigen die Notstandsverhältnisse in Südtalien eine sozial gesteuerte Expansionspolitik in Südtirol. Die Wirtschaftspolitik eines modernen Industriestaates kann sehr wohl in den Notstandsgebieten selbst neue Arbeitsplätze schaffen oder durch planmässige Umsiedlungsmassnahmen für einen gesunden Bevölkerungsausgleich sorgen. Sehr massvoll denkende Südtiroler, die sich der sozialen Problematik Italiens durchaus bewusst sind, vertreten die Meinung, dass die in der Regierung massgebende Christlich-Demokratische Partei an einer wirksamen Bekämpfung der sozialen Misstände im Süden nicht interessiert ist und statt dessen den Bevölkerungsüberschuss in das nördliche Grenzgebiet lenkt.

Soziale Faktoren unterschätzt

Bei allen Sympathien für die Südtiroler Sache lässt sich jedoch das Argument nicht überhören, dass die im Volkstumskampfe führende katholische Volkspartei die sozialen Faktoren einer erfolgreichen Selbstbehauptung unterschätzt. Die Südtiroler sind zwar nach wie vor davon überzeugt, dass sie sich bei ihrer numerischen Schwäche nur im Rahmen einer Einheitspartei zur Geltung bringen können, aber man hört aus ihren Reihen manche harte Kritik, dass in der Führung dieser Partei die Besitzinteressen ausschlaggebend sind. "Einen massvollen Sozialismus würden wir in Italien brauchen" erklärte mir einer ihrer Funktionäre. Auch das Südtiroler Dorf könnte wohl eine "soziale Aufrüstung" nach hessischem Vorbild brauchen, denn manche Zustände dort entsprechen nicht dem Gebot der Solidarität eines schwerbedrängten Grenzvolkes. Es gibt in Südtirol viel Unruhe und viel Sorge um die Zukunft, aber keinen Hass zwischen Deutschen und Italienern. Die massvollen Kräfte, die sich auf der Basis der Selbstbehauptung mit dem italienischen Volk und Staat ehrlich verständigen wollen, brauchen aber die moralische Unterstützung Europas im Kampfe um eine ehrliche Einlösung des Pariser Vertrages. Die Gleichfarbigkeit der Regierungen in Bonn und Rom sollte die deutsche Demokratie nicht daran hindern, auch in der Diskussion um Südtirol an der Seite des Rechts zu stehen.

Wird die Landwirtschaft radikalisiert?

H.B. "Die Dinge sind weiter gediehen als die meisten ahnen", so äuserte sich Bundeslandwirtschaftsminister Lübke auf der Sitzung des Verbraucherausschusses seines Ministeriums und meinte damit, dass radikale Strömungen unter den mit der Agrarpolitik der Bundesrepublik unzufriedenen Bauern immer mehr Raum gewannen und auf Parteineugründungen hinzielten. Mit dieser Begründung appellierte er an die Mitglieder des Verbraucherausschusses, der Erhöhung des Milchpreises zuzustimmen. Sie taten ihm aber nicht den Gefallen, obwohl sie fast ohne Ausnahme den Regierungsparteien angehören.

Den Verbrauchervertretern kam es doch zu grotesk vor, dass eine Radikalisierung der Bauern durch die Erhöhung des Trinkmilchpreises um 5 Pfg. beseitigt werden könnte, denn sie wussten, dass diese Preiserhöhung lediglich den Bauern zugute kommt, die ihre Milch an Molkereien mit Trinkmilchabsatz liefern. Nur ein Viertel der gesamten angelieferten Milchmenge wird aber als Trinkmilch abgesetzt. Die Molkereien mit vorwiegendem Trinkmilchabsatz zahlen aber sowieso schon einen bei weitem höheren Preis für die Milch an ihre Bauern als die Molkereien, die infolge der Milchmarktordnung gezwungen sind, die angelieferte Milch zu Butter, Käse oder Trockenmilch zu verarbeiten. Gerade in diesen Molkereieinzugsgebieten herrscht aber die Unzufriedenheit und somit ist die Preiserhöhung für die Trinkmilch ein völlig ungeeignetes Mittel zur Beruhigung der Bauern.

Das haben inzwischen auch Bauernverbandspräsidenten eingesehen. So gab der Vorsitzende des Niedersächsischen Landwirtschaftsverbandes Rehwinkel auf der Herbsttagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Goslar zu, dass die Forderung nach Erhöhung des Trinkmilchpreises taktisch höchst ungeschickt sei, "zumal sie gar nicht viel einbringe". Gleichzeitig versicherte er aber seinen Zuhörern: Auf den Kanzler könnte sich die Landwirtschaft verlassen. Er hätte die Notwendigkeit erkannt, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu erhöhen, er würde das auch der Industrie klarmachen, weil sonst nach den Wahlen 1957 die Gefahr bestehe, dass die derzeitigen Koalitionsparteien keine Regierung

10. 9. 1955

mehr zustande bringen können und was es bedeute, wenn die Gewerkschaften einen stärkeren Einfluss auf die Staatsführung erhalten, das wissen die Herren der Industrie ganz genau. So plauderte Herr Rehwinkel. Also "Hoch die Preise zum Schutze des christlichen Abendlandes" rufen Lübke und Rehwinkel gleichzeitig.

Beiden geht es aber in erster Linie um das Parteiinteresse. Agrarpolitik soll nicht um der Bauern willen, sondern um der Partei willen betrieben werden. Deutlich kommt hier zum Ausdruck, dass der Bauernverband gar keine echte wirtschafts-politische Vertretung der Landwirtschaft ist, sondern eine ausserparlamentarische Hilfstruppe der Christlich-Sozialistischen Union.

Jetzt, da die Bauern allmählich merken, dass sie nur als Stimmvieh gebraucht werden und ihre begreifliche Unzufriedenheit mit der Agrarpolitik der Bundesregierung dieser unangenehm wird, soll versucht werden, sie mit Preiserhöhungen zu beruhigen.

Tatsächlich, die Dinge sind weit gediehen, aber anders als Herr Lübke es meinte. Sollte das nicht ein Zeichen für den Bauernverband sein, sich einmal ehrlich mit den Vorschlägen der SPD auseinanderzusetzen, die bezwecken, den Bauern einen höheren Anteil am Endverbraucherpreis durch eine vernünftige Entwicklung der Milchmarktordnung und Molkereistruktur zu verschaffen, sowie den Milchkonsum durch die Schulumilchspeisung zu erhöhen und ausreichende Mittel für die Bekämpfung der Rinder-Tbc zur Verfügung zu stellen? Ob diese Erkenntnis sich schon durchgesetzt hat, wird der Verlauf der in Kassel einberufenen Bauerntagung zeigen.

+ + +
Harte Stunde für den Kanzler

A.Sch. Moskau

Es muss eine harte halbe Stunde für den Bundeskanzler gewesen sein, als er einmal direkt und deutlich hörte, was er bislang nicht wahrhaben wollte. Der sowjetische Ministerpräsident hat ihm höflich aber eindeutig erklärt: sie haben ihre Position gewählt - militärische Bündnisse geschlossen. Wir akzeptieren diese ihre Politik zwar nicht, sind aber trotzdem zu einer Normalisierung der Beziehungen bereit, die sich besonders auch auf wirtschaftliche Fragen erstrecken soll. Dies scheint das Hauptanliegen der Sowjets zu sein, die es zwar

10.9.1955

offiziell nicht so laut sagen, sich aber inoffiziell geradezu danach drängen.

Bulganin will diplomatische Beziehungen aufnehmen, ohne den Krieg endlich einmal zu beenden oder wenigstens wesentliche Probleme zu lösen, die seit zehn Jahren anstehen. Nichts war in seiner Rede über die Freilassung der Kriegsgefangenen und Zivilisten zu hören. Wie kann man die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik bessern, wenn man über eines der Hauptthemen überhaupt nicht spricht? Wenn man gegenüber dem deutschen Volk keine schlechten Gefühle hat, wie will man dann rechtfertigen, dass man diesem Volk weiterhin verweigert, sich eine von einem freigewählten Parlament mit Mehrheit beschlossene Ordnung zu wählen? Wie sollen sich freundschaftliche Beziehungen entwickeln, wenn man an einem willkürlich aus einer Besatzungszone entstandenen Gebilde festhalten will?

Der Beobachter der Konferenz wird den Eindruck nicht los, dass die Sowjets dem Bundeskanzler kein besonderes Angebot machen wollen, weil der freundschaftliche Kontakt mit den Amerikanern seit Genf bereits eine gewisse Entspannung zur Folge hatte. Trotzdem locken sie die Bundesrepublik mit dem Handel. In persönlichen Gesprächen, die von den Sowjets geführt werden, hört man sogar Zahlen.

Der Handel mit der Bundesrepublik - auf dem Wege der Verrechnung bewegt sich zur Zeit in einer Grössenordnung von 100 Millionen-. Die Sowjets möchten diese Abmachungen auf 800 Millionen erweitern und versprechen, auch zu liefern. Bislang scheint auf deutscher Seite nur eine Erweiterung auf 200 Millionen befürwortet zu werden. Deutlicher und dringlicher als mit den Worten "es wäre nützlich, den Austausch von Delegationen aus Vertretern der Industrie, des Handels, der Wissenschaft und Kultur sowie von Sportdelegationen zu fördern," konnte Bulganin nicht werden.

Die Erklärung des Bundeskanzlers war in der Form verbindlich und sprach alle Probleme vorsichtig an. Da war die Rede von einem "Gefühl der Trennung und Fremdheit" - "wie schwer der Anfang der Gespräche sei" - "wie notwendig es aber sei, miteinander zu sprechen"... Er hat ausdrücklich erklärt, dass er die Aussenministerverhandlungen in Genf nicht durch besondere Vorschläge stören will und erwartet, dass diese Gespräche die Frage der Sicherheit und der Wiedervereinigung behandeln werden.

Die Politik der Stärke, auf die der Kanzler alles setzte, ist völlig verpufft.

Die offiziellen Begegnungen wie auch die sonstigen Zusammenkünfte verlaufen im freundlichen Geiste und bieten auch zum ersten Male die Möglichkeit zur persönlichen Aussprache, die vielleicht doch noch einen Weg aufzeigt, wie man in all den Fragen weiterkommen kann, die doch einmal geklärt werden müssen, wenn die Entspannung auch auf Europa übergreifen soll.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler